



Rechtsausschuss

9. Sitzung (öffentlich)

14. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.45 Uhr bis 10.00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (F.D.P.)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren
der Vertrauenspersonen für das Volksbegehren "Mehr Demokratie in
NRW: Faire Volksentscheide in die Verfassung!" gegen die Landesregie-
rung Nordrhein-Westfalen wegen Zulassung der Auslegung von Eintra-
gungslisten für ein Volksbegehren**

1

VerfGH 22/99

Vorlage 13/442

Der Ausschuss verständigt sich ohne Gegenstimmen und Enthaltungen darauf, keine Stellungnahme abzugeben.

- 2 Verfassungsgerichtliches Verfahren
des Landesmitfrauenverbandes NRW der Feministischen Partei DIE
FRAUEN wegen der Feststellung, dass der Antragsgegner das Recht der
Antragstellerin auf Gleichheit der Wahl und auf Chancengleichheit im
politischen Wettbewerb verletzt hat** 2

VerfGH 2/01

Vorlage 13/430

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, Stellung zu nehmen.
Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen sollte beauftragt werden, diese Stellungnahme auf der Basis der Beschlusslage des Landtags abzugeben.

- 3 Verschiedenes**
- hier: **Anhörung zur Änderung des Gesetzes über den Maßregelvollzug** 2

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, der mitberatende Rechtsausschuss sollte an der vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales für den 4. April 2001 geplanten Anhörung nachrichtlich beteiligt werden, erhebt sich kein Widerspruch.

**2 Verfassungsgerichtliches Verfahren
des Landesmitfrauenverbandes NRW der Feministischen Partei DIE FRAUEN
wegen der Feststellung, dass der Antragsgegner das Recht der Antragstellerin auf
Gleichheit der Wahl und auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb
verletzt hat**

VerfGH 2/01

Vorlage 13/430

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, Stellung zu nehmen.
Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen sollte beauftragt werden, diese Stellungnahme auf der Basis der Beschlusslage des Landtags abzugeben.

3 Verschiedenes

hier: **Anhörung zur Änderung des Gesetzes über den Maßregelvollzug**

Gegen den Vorschlag des **Vorsitzenden**, der mitberatende Rechtsausschuss sollte an der vom federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales für den 4. April 2001 geplanten Anhörung nachrichtlich beteiligt werden, erhebt sich kein Widerspruch.

gez. Dr. Orth

Vorsitzender

23.04.2001 / 02.05.2001

195